

HAMBURG
DEBATTE

Der Wohlstand muss neu vermessen werden

Stefanie Wahl

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt soll 2011 um 1,8 Prozent steigen. Doch der Wert übersieht Wesentliches, meint die Wissenschaftlerin und schlägt andere Kriterien vor

Für 2010 erwartet die Bundesregierung in Deutschland eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 3,4 Prozent, für 2011 von 1,8 Prozent. Bedeutet dies auch eine entsprechende Steigerung des Wohlstands? Oder kann dieser trotz Wachstums stagnieren oder sogar sinken?

Das BIP gibt hierauf keine Antwort. Es misst lediglich den Wert der kommerziellen Güter und Dienste, die jährlich in Deutschland erwirtschaftet werden. Es sagt jedoch nichts darüber aus, ob diese Güter vielen oder nur wenigen zugute kommen, der gesellschaftliche Zusammenhalt hoch oder niedrig ist, der Gesundheitszustand der Bevölkerung sich verbessert oder verschlechtert hat oder die Umweltqualität zu- oder abnimmt.

Um Wohlstand in seiner Vielschichtigkeit zu erfassen, sollte der Wert des BIP deshalb künftig durch drei weitere Messgrößen ergänzt werden. Diese sind:

1. Die sogenannte 80/20-Relation:

Sie drückt das Verhältnis der Einkommen des wirtschaftlich stärksten zu denen des wirtschaftlich schwächsten Fünftels der Bevölkerung aus und belegt somit Einkommensungleichheit.

2. Die gesellschaftliche Ausgrenzungsquote:

Sie gibt an, wie viele Menschen sich aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlen, und ist damit ein Gradmesser des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

3. Der ökologische Fußabdruck:

Er bildet den ökologischen Substanzverzehr ab, der mit Produktion und Konsum von Gütern und Diensten einhergeht.

Zusammen mit dem BIP bilden diese drei Messgrößen ein Wohlstandsquartett, das zwar immer noch nicht den ganzen Wohlstand abbildet, aber der Wirklichkeit deutlich näher kommt als die bisherigen BIP-Messungen.

Auf die Verschmelzung der vier Indikatoren zu einem Wohlstandsindex sollte aber verzichtet werden, da es kein allgemeingültiges Verfahren für die Normierung und Gewichtung der Einzelindikatoren gibt und bei der Zusammenfassung wichtige Informationen verloren gehen. Außerdem sollen Gesellschaft und Politik durch getrennte Indikatoren ein Bewusstsein für Bedeutung und Verlauf nicht materieller Wohlstandsindikatoren entwickeln.

Die Ersetzung des BIP durch wiederum nur einen einzigen Wohlstandsindex würde das Erreichen dieses Ziels erschweren. Eine ähnliche Auffassung vertreten die vom französischen Präsidenten Sarkozy eingesetzte Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission sowie der deutsche Sachverständigenrat zur

Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der zusammen mit dem französischen Conseil d'Analyse Economique 25 ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Wohlstandsindikatoren vorschlägt.

Wird der Wohlstand in Deutschland mit dem Wohlstandsquartett gemessen, ist der Wohlstand geringer, als die BIP-Zahlen ausweisen. Dennoch ist seine Wirtschaftskraft im EU-Vergleich überdurchschnittlich, zugleich fühlen sich deutlich weniger Menschen aus der Gesellschaft ausgeschlossen als in der EU insgesamt.

Letzteres ist umso bemerkenswerter, als die deutsche Gesellschaft seit Jahren beim Einkommen auseinanderdriftete. Wie der markante Anstieg der 80/20-Relation zeigt, kam das Erwirtschaftete den wirtschaftlich Starken überproportional zugute, während die wirtschaftlich Schwachen messbar weniger zur Verfügung hatten.

Offensichtlich funktionierte die gesellschaftliche Integration über Vereine, soziale Sicherungssysteme und nicht zuletzt die verbesserte Beschäftigungssituation. Doch macht das Wohlstandsquartett auch deutlich, dass der materielle Wohlstand durch erhebliche Wohlstandseinbußen im ökologischen Bereich erkaufte wird. Würden alle Menschen so wirtschaften und leben wie die Deutschen, würden sie knapp dreimal mehr natürliche Ressourcen verbrauchen, als die Erde zur Verfügung stellt.

Hieraus folgt: Aussagen über die Entwicklung des BIPs, wie sie von der Bundesregierung und ihren Institutionen mehrmals jährlich verkündet werden, beschreiben den Wohlstand der Deutschen nur unvollständig. Ihnen sollten deshalb Informationen über die Einkommensverteilung sowie den gesellschaftlichen und ökologischen Wohlstand zur Seite gestellt werden.

Dies würde auch dazu beitragen, dass die Verengung des Wohlstandsverständnisses auf bloß Materielles überwunden wird und immaterielle Wohlstandsquellen wieder eine größere Bedeutung erlangen.

Die Politikwissenschaftlerin Stefanie Wahl, 59, ist Geschäftsführerin des Denkwerks Zukunft der Bonner Stiftung kulturelle Erneuerung.